

LangzeitstudentInnen im Visier der staatlichen Politik

Ein generelles Verbot von Studiengebühren fand auf der Konferenz der KultusministerInnen am 25. Mai 2000 keine Zustimmung. Das bedeutet, dass die Bundesländer zusätzlich zu den obligatorischen "Verwaltungsgebühren" selbstständig Studiengebühren für sogenannte LangzeitstudentInnen einführen können, weil das Bildungssystem in den Zuständigkeitsbereich der Länder fällt und die Bundesregierung entgegen ihren Wahlversprechen auf ein generelles Gebührenverbot verzichtete.

Baden-Württemberg erhebt schon seit einiger Zeit ab dem 14. Semester Studiengebühren. Niedersachsen, Bayern und Thüringen haben ebenfalls Gebühren angekündigt. In der Konsequenz werden nach und nach alle Länder dem Beispiel folgen, um zu verhindern, dass Studierende an ihre Hochschulen wechseln, um den Gebühren auszuweichen.

Die Studienbedingungen sollen verschärft werden: mehr Prüfungen, Beratungs- und Kontrollgespräche, kürzere Studiedauer und Entrichtung von Gebühren sollen den StudentInnen verdeutlichen, warum sie studieren: In der neoliberalen Ideologie ist jede selbst für ihre Verwertbarkeit verantwortlich. In der Konsequenz werden die meisten Studierenden sich diesem Diktat beugen müssen: Durch die Entrichtung von Studiengebühren wird das

Verweilen an der Universität zu einer Investition, die sich irgendwann "rechnen" muss, was sowohl im Hinblick auf die Studiendauer als auch die Fächerwahl disziplinierend wirkt.

Zöllner-Modell: Humankapital und die Ware "Bildung"

In der aktuellen Diskussion, die sich nur noch um die Art der Studiengebühren dreht, favorisieren Bundes- und Länderregierungen das sog. "Zöllner-Modell", benannt nach dem rheinland-pfälzischen Kultusminister Zöllner. Nach dessen Vorschlag sollen Studienberechtigte ein Stundenkonto mit einem Guthaben von 200 Semesterwochenstunden erhalten. Besuchen sie mehr Veranstaltungen, sollen sie zahlen. Bildung erscheint als Ware. Als "Humankapital" sollen

die Studierenden sich eigenverantwortlich (auch finanziell) darum bemühen, sich schon während des Studiums möglichst gut den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen.

Auch der Ablauf von Veranstaltungen wird sich weiter ändern. Verstärkt wird es darum gehen, feste Lehrinhalte in einer bestimmten Zeit zu vermitteln. Es geht ausdrücklich, so Zöllner, um die "Etablierung eines entsprechenden Kostenbewusstseins" bei den Studierenden. Das Konten-Modell beinhaltet notwendigerweise die lückenlose Kontrolle der Teilnahme an Veranstaltungen, da nur so festgestellt werden kann, wieviele SWS eine/r schon 'verbraucht' hat. Dadurch wird eine selbstbestimmte Studienplanung weiter eingeschränkt, was auch eine Konsequenz der Ausrichtung an den Vorgaben der Wirtschaft ist.

fachschaftenbündnis:

AK Kritischer PsychologInnen * Bunt-alternative Fachschaft Pädagogik (BAP) * Fachschaft ev. Theologie * LEFT 17 (FB Bio) * Linke Fachschaft 03 * Lobby Linker LangzeitstudentInnen * Virtuelle Fachschaft Medien

fachschaften

LangzeitstudentInnen

Die Einführung von Gebühren wird dadurch erleichtert, dass es vorerst nur sogenannte LangzeitstudentInnen trifft. Die meisten StudentInnen zählen sich nicht dazu sie sehen daher keinen Anlass, sich an Gebühren zu stören. Gebühren für LangzeitstudentInnen treffen aber nicht nur auf Gleichgültigkeit, sondern oft auf große Zustimmung.

Der häufigste Vorwurf gegen LangzeitstudentInnen lautet, dass sie den anderen die Studienplätze wegnehmen. Sie sollen für die schlechten Studienbedingungen (Überfüllung der Hörsäle, schlechte Ausstattung usw.) verantwortlich sein. Was in dieser Sichtweise stört, ist nicht die Konkurrenz, sondern sind die KonkurrentInnen. Der Vorwurf unterstellt, dass LangzeitstudentInnen die Berechtigung zum Studieren verloren haben. Sie haben ihre Chance schon gehabt, aber nicht zu nutzen verstanden.

LangzeitstudentInnen verplempern ihre wertvolle Zeit mit überflüssigem Rumgammeln. Sie sollen endlich einen vernünftigen Beruf ergreifen so könnte eine Schlagzeile der Bild-Zeitung lauten. Der Hass auf diejenigen, die ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit absolvieren können oder wollen, überführt den Neid auf ein vermeintlich unbeschwertes Leben in Zustimmung zum Arbeitszwang. Nicht nur das Feindbild "LangzeitstudentInnen", sondern auch der Gewöhnungseffekt erhöht die Akzeptanz von Gebühren. Die Studiengebühren für Einzelne dienen also auch als ein

Einfallstor für Studiengebühren allgemein.

Schmalpurstudium und Privatuniversitäten

Studiengebühren ermöglichen neben der Regulierung der Studierendenzahlen auch eine allgemeine Verkürzung des Studiums. Gebühren für LangzeitstudentInnen beschleunigen das Studium noch stärker als 'gewöhnliche' Studiengebühren ab dem ersten Semester. Schon die Ankündigung von Gebühren führt zu einer veränderten Studienplanung der Einzelnen. Studiengebühren haben alle-

mein die Tendenz, die Arbeitskraft abzuwerten, weil sie ein langes und aufwendiges Studium für die Mehrzahl unmöglich machen. Ein Studium, das mehr sein soll als eine Berufsausbildung, wird zum Luxus, den sich noch weniger Menschen leisten können.

Privatunis, deren Zahl immer weiter zunimmt, nehmen mit massiver staatlicher Unterstützung die weitere Entwicklung vorweg: Gegen Zahlung einer entsprechend hohen Gebühr finden Studierende, die es sich leisten können, dort bessere Bedingungen für ein 'effizientes' Studium vor.



bündnis

Wie finanziere ich mein Studium?

Die Umstrukturierungen im Bildungssystem reihen sich ein in die allgemeine neoliberale Tendenz, gesellschaftliche Aufgaben zu privatisieren (z.B. Krankenversicherung, Renten, ÖPNV, Schwimmbäder etc.). Die gesellschaftliche Ungleichheit wird manifestiert und nimmt zu. Der Anteil der ArbeiterInnenkinder, die studieren, ist seit einigen Jahren rückläufig und liegt momentan bei etwa zwölf Prozent, während etwa 64 Prozent der BeamtInnenkinder studieren. Personengruppen, die wegen der rassistischen und sexistischen Verfasstheit dieser Gesellschaft diskriminiert werden, wird (auch wegen des durchschnittlich schlechteren ökonomischen Status' als Folge der Ausgrenzung) der Zugang an die Universitäten und die Erfüllung der ‚Effizienzkriterien‘ erschwert.

Mehr Geld - bessere Bedingungen

Die Möglichkeiten, der steigenden finanziellen Belastung während eines Studiums zu entgehen, sind gering. Die Zahl der Bafög-EmpfängerInnen sinkt seit Jahren. Ob jemand Bafög-Leistungen (teils staatlicher Kredit, teils Zuschuss) erhält, ist nicht nur vom Einkommen der Eltern abhängig, sondern auch an bestimmte Auflagen gebunden. So muß z. B. das Grundstudium abgeschlossen sein, bevor nach dem vierten Semester weiter gezahlt wird. Wer durch eine Prüfung fällt, hat Pech gehabt. Die oft als Ausweg gepriesenen Stipendien verschiedener Stiftungen haben mehr Ausschlusskriterien als das Bafög. Neben dem nötigen Status der "BildungsinländerIn" müssen BewerberInnen ein schnelles und ‚effizientes‘ Studium absolvieren (und mit der jeweiligen ideologischen Ausrichtung der Stiftung kompatibel

sein).

Um das Studium zu finanzieren, müssen StudentInnen häufig nebenbei jobben. Nichtdeutschen Studierenden wird dies nur begrenzt (ohne Arbeitserlaubnis des Arbeitsamtes nur drei Monate im Jahr) zugestanden.

Mehr als mehr Bleistifte

Eine Kritik der bestehenden Verhältnisse kann sich nicht auf den Ruf nach "mehr Bleistiften und Tesafilm" oder einer besseren finanziellen Ausstattung der Hochschulen beschränken, wie es ein Großteil der Streikenden im WS 1997/98 getan hat. Sie muss vielmehr die hinter den aktuellen Entwicklungen steckende Verwertungslogik angreifen.

stupa-wahl

vom 11. bis 14. dezember

wählt liste 19 - fachschaftenbündnis

fachschaftenbündnis liste 19

Wir sind richtig wichtig

Das fachschaftenbündnis ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss von Fachschaften. Als Bündnis agieren wir fächerübergreifend und sind keinesfalls auf Aktivitäten an nur einem Fachbereich festgelegt. Gemäß unserem Anspruch, Universität als Teil von Gesellschaft zu begreifen, treten wir zu den Stupawahlen vom 11. bis 14. Dezember als Liste an.

Unser Ziel ist es, kritische Politik an der Uni zu reetablieren, d.h. gesellschaftlichen Unterdrückungsmechanismen und Herrschaftsverhältnissen entgegenzuwirken. "Kritische Politik" an der Uni bedeutet im weitesten Sinne, für emanzipatorische Ziele einzutreten. Dazu zählen wir z.B. den Erhalt der autonomen Referate und des Feministischen Archivs. Die Sozial- und Rechtsberatung, die Darlehensvergabe und Busvermietung sind wichtige Einrichtungen des AStA und auf jeden Fall beizubehalten, außerdem müssen die Vergabekriterien der Härtefallkommission stärker auf die finanzielle Not einiger Studierender ausgerichtet sein. Dennoch versteht sich das fachschaftenbündnis im Gegensatz zum jetzigen AStA nicht etwa als "besserer Dienstleister". Ein AStA sollte sich der gesellschaftlich vorgegebenen Situation nicht anpassen, sondern die Ursachen struktureller Ungerechtigkeit erkennen, kritisieren und verändern. So werden z.B. die Lebensbe-

dingungen (nicht nur) Studierender zunehmend schlechter: Immer weniger erhalten BA-FöG, immer mehr müssen sich selbst finanzieren. Dies hat Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Studierendenschaft. Der Anteil der ArbeiterInnenkinder, die studieren, ist seit Jahren rückläufig. Jetzt sollen Studierende zusätzlich belastet werden durch Studiengebühren in der einen oder anderen Art. Doch nicht alle, sondern ganz bestimmte Studierende sollen vornehmlich zahlen: die sogenannten Langzeitstudierenden, die ihr Studium nicht in Rekordtempo absolvieren können, geraten zum Feindbild derer, die für "Reform" und "Standortsicherung" eintreten. Für jene, die jetzt schon neben dem Studium arbeiten müssen, wird das Studieren in näherer Zukunft unmöglich. Die Zahl derjenigen, die aus finanziellen Gründen nicht studieren, wird weiter steigen. Das nationale Projekt "Standortsicherung" nimmt Studierende in die Pflicht: Sie sollen

möglichst "effizient", d.h. schnell und ohne kritische Fragen zu stellen, ihr Studium absolvieren, um sich als "Humankapital" möglichst gewinnbringend verwerten zu lassen. Die Umgestaltung der Hochschulen in diesem Sinne begünstigt ein affirmatives und verhindert ein kritisches und selbstbestimmtes Studium. Dieser bildungspolitische rollback findet an allen Fachbereichen seine Entsprechung: ProfessorInnen und derzeitige Studi-Vertretungen sind sich zumeist einig in der Ablehnung kritischer Studienthemen und im Kampf für eine Verringerung der Studierendenzahlen durch NC oder Zulassungsstopp. Dieser Entwicklung muss nicht nur auf Fachbereichsebene, sondern uniweit entgegengetreten werden. In diesem Sinne sind wir im Studierendenparlament richtigwichtig.

Euer
fachschaftenbündnis

fachschaftenbündnis:

AK Kritischer PsychologInnen * Bunt-alternative Fachschaft Pädagogik (BAP) * Fachschaft ev. Theologie * LEFT 17 (FB Bio) * Linke Fachschaft 03 * Lobby Linker LangzeitstudentInnen * Virtuelle Fachschaft Medien